

Millionenschwere Geheimsachen

Der Bundesrechnungshof prangerte jüngst eine 741 Millionen schwere „Übersubventionierung“ im Agrarbereich an, Anton Steixner verheimlicht verschämt, wohin 9,5 „sonstige Agrar-Millionen“ des Landes konkret fließen, und trotz Millionen werfen 170 Tiroler Bauern jährlich das Handtuch.

Es sind erstaunliche Zahlen, die im Zusammenhang mit den Agrar-Förderungen in Österreich und Tirol sukzessive an die Oberfläche schwappen. Aus den einzelnen Zahlen lässt sich schwer ein Sinn ablesen und in der Zusammenschau der Zahlen lässt sich nur schwer ein sachpolitisches Ziel entdecken. Der Erfolg der Landwirtschaftspolitik, die zum Großteil aus Förderpolitik besteht und österreichweit jährlich rund 2,3 Milliarden Subventions-Euro aus dem Steuertopf verschlingt, darf angesichts der tristeren Zahlenreihen jedoch angezweifelt werden. Seit dem Jahr 2000 ging die Zahl der Bäuerinnen und Bauern in Österreich um 18 Prozent zurück. Jährlich werfen in Tirol im Schnitt 170 Bauern das Handtuch. Der Druck sei zu groß, kommentierte der Tiroler Landwirtschaftskammer-Präsident Josef Hechenberger diesen Umstand im April 2012. Immer mehr Bauern würden erkennen, dass ihr Hof hochnegativ bilanzierte, sagte er auch.

Dass die vielen Millionen Euro, die allein das Land Tirol Jahr für Jahr in die Landwirtschaft buttert, offenkundig nicht dort ankommen, wo's darauf ankommt, sagte er nicht.

Mit den unter Druck stehenden Tiroler Bauern, die einen Vollerwerbs-Job mit Stall und Hof unter einen Hut bringen müssen, hat Hechenberger wenig gemeinsam. Zwar hat auch er einen „vollen Job“ als Kammerpräsident und kann vor dem Hintergrund als Nebenerwerbsbauer bezeichnet werden, doch zählte Hechenberger beispielsweise im



Agrar-Landesrat Steixner: Lustvoller Umgang mit Steuermillionen

Jahr 2008 zu den fünf größten Subventionsempfängern im Kreis der Tiroler Landwirtschaftskammer-Funktionäre. Rund 450.000 Euro flossen in diesem Jahr, dem ersten, in dem die Namen der Förderempfänger öffentlich gemacht werden mussten (2011 wurde dieser Einblick wieder verdunkelt), an 19 von 21 Kammerräten in Tirol. Rund 45.000 Euro davon bekam allein der LK-Präsident, der damit auf kleinem Umweg die Zwielfichtigkeit eines Systems personifiziert, dessen ländlich

romantischer Putz immer mehr bröckelt und sich als Parallelwelt entlarvt, die vollkommen außer Kontrolle geraten ist.

„Lediglich 5,6 Prozent der öffentlichen Mittel fließen an Kleinbauern, die in etwa 35 Prozent der Betriebe ausmachen und im Durchschnitt 2083 Euro pro Jahr erhalten. Drei Prozent der Großbetriebe erhalten dagegen jährlich mehr als 50.000 Euro an Agrarsubventionen, der größte bäuerliche Subventionsempfänger bekam 1,7 Millionen Euro aus dem Agrarbudget“, stellte Maria Burgstaller, Agrarökonomin und Mitarbeiterin in der Abteilung Wirtschaftspolitik der AK Wien, beim Blick in die Förderzahlen des Jahres 2010, in dem 1,9 Milliarden Euro direkt an landwirtschaftliche Betriebe ausbezahlt wurden, fest (ECHO Juni 2012). Laut Burgstaller erhielten im Jahr 2010 526 Agrarbetriebe in Österreich beinahe die gleiche Förder-summe wie 46.938 Kleinbetriebe: „Läge der Schwerpunkt der Förderungen tatsächlich bei der Unterstützung der kleinen Betriebe, wäre ein viel niedrigeres Agrarbudget ausreichend. Wenn aber

Großbetriebe durchschnittlich 161.498 Euro aus der öffentlichen Kasse erhalten, ist es ihnen ein Leichtes, die ‚Kleinen‘ aufzukaufen.“ Grundherrliche Monopolisten dürfen sich im Schutz des Systems und subventioniert durch Steuermillionen austoben.

Der Spagat zwischen den am Hungertuch nagenden, als schwielenbehaftete Werbefiguren missbrauchten Bergbauern und den Edel-Landwirten, deren Mistgabeln jährlich vergoldet werden, ist nicht zu schaffen. Und

bei der Höhe der im vermeintlich landwirtschaftlichen Bereich versenkten Steuergelder stockt der Atem.

So kritisierte der Bundesrechnungshof jüngst, dass das Landwirtschaftsministerium für das „Programm für die Entwicklung des Ländlichen Raums 2007-2013“ 741 Millionen Euro zu viel ausgegeben habe. Rund vier Milliarden Euro flossen insgesamt in das Programm. „Sie (die nationale Kofinanzierung des Bundes und der Länder – Anm.) war damit um 741 Millionen Euro (22,8%) höher als von der EU für die vollständige Ausschöpfung der EU-Mittel gefordert“, teilten die Rechnungshof-Prüfer in der Kurzfassung des Berichtes mit, „Von den 741 Millionen Euro entfielen 47 Millionen Euro auf LEADER. Eine Rechtsgrundlage für diesen freiwilligen nationalen Mehrbetrag bestand nicht.“

Dem sogenannten Leader-Programm, das für innovative Entwicklungen im ländlichen Raum zuständig ist bzw. sein sollte und dessen Mittel gegenüber der Vorperiode (2000 bis 2006) auf das Vierfache – in Zahlen ausgedrückt auf 423 Millionen Euro – angestiegen waren, galt das Hauptaugenmerk des Rechnungshofes. Die Prüfung fiel verheerend aus und entlarvt das System dahinter, das im Landwirtschaftsministerium kumuliert und sich nicht nur wegen der fehlenden Rechtsgrundlage für die Mehrausgaben auf unangenehme Fragen und einen politisch heißen Herbst vorbereiten darf.

So stellte der Rechnungshof fest, dass die Leader-Projekte gar nicht richtig bewertet werden konnten, weil das System der inhaltlichen Bewertung und Evaluierung gravierende Schwächen aufwies. „Die Strategiefindung erfolgte zum Teil erst nach der Programmierung; die Zielformulierungen waren großteils zu allgemein und unverbindlich oder standen nicht in Relation zum geplanten Mitteleinsatz; die Indikatoren waren – sofern überhaupt vorhanden – teils mangelhaft bzw. nicht geeignet; die Verfahren zur Auswahl von lokalen Aktionsgruppen und deren Projekten gewährleisteten keine Selektion nach Qualität und Prioritäten“, lauten einige Urteile der Prüfer, welche auf Unprofessionalität, Beliebigkeit und Sinnlosigkeit des noch dazu überhöhten Steuermitteleinsatzes durch die öffentlichen Agrar-Einrichtungen hindeuten.

„In-sich-Geschäfte“ stachen den unabhängigen Prüfern zudem ins Auge und die AMA (Agrarmarkt Austria) bekam besonderes Fett ab. „Die AMA zeigte wenig Problembewusstsein und führte auch nach Hinweisen des Rechnungshofes keine eigenen Erhebungen

zur Abklärung potenzieller Unvereinbarkeiten und Interessenskonflikte durch“, so der Rechnungshof in seinem Anfang August 2012 erschienenen Bericht, der auf www.rechnungshof.gv.at nachgelesen werden kann.

Die AMA wies in einer Stellungnahme den Vorwurf des fehlenden Problembewusstseins entschieden zurück, Landwirtschaftsminister Nikolaus Berlakovich (ÖVP) zeigte sich nicht minder unbeeindruckt und wurde damit zitiert: „Wenn man Leistungen will, muss man sie auch bezahlen.“ Die Frage ist nur, wer die Leistungen wollte, welche die österreichischen



Fördersystem völlig außer Kontrolle: Subventionsempfänger Hechenberger

Steuerzahler mit 741 Millionen Euro zu viel bezahlt haben, welche Leistungen es konkret waren, die dafür erbracht wurden, warum die Millionen nicht den erwünschten Effekt etwa auf die Arbeitsmarktsituation hatten oder wie in Zeiten, in denen der Durchschnitts-

Österreicher an den Rand der Armut „gespart“ wird, überhaupt 741 Millionen Euro zusätzlich locker gemacht werden können?

Wieder so ein Spagat. Einer, der – im Bewusstsein, dass es wohl 99 Prozent Nicht-Bauern waren, welche diese 741 Millionen Euro durch ihre Steuerleistung erst ermöglichten – zum bizarren akrobatischen Akt wird. Ein Akt, der in der Polit-Manege Österreichs zum Alltags-Programm zählt. Doch die jahrzehntelang unwidersprochene Landwirtschaftspolitik gerät zunehmend ins Schussfeld.

Ins Visier des Verfassungsgerichtshofes (VfGH) rückte jüngst die sogenannte Pauschalierung bäuerlicher Betriebe bzw. die faktische Steuerbefreiung derselben. Im vergangenen Jahr waren Experten in einem von der AK beauftragten Gutachten zum Schluss gekommen, dass die Regelung, die letztlich dazu führt, dass die rund 173.000 österreichischen Landwirte durchschnittlich 260 Euro Einkommensteuer pro Hof und Jahr zahlen, „zweifelsfrei eine systematische Steuerbegünstigung“ darstellt und verfassungswidrig ist. Wie ECHO berichtete (ECHO 12/2011), zahlen rund 90 Prozent der landwirtschaftlichen Betriebe so gut wie gar keine Einkommensteuer, 2010 betrug das Einkommensteuer-Aufkommen aus land- und forstwirtschaftlichen Betrieben knapp 45 Millionen Euro und statistisch betrachtet kostet – aufgrund der gigantischen

Agrarische Zahlenspiele

- **260 Euro** Einkommensteuer zahlen die rund **173.000 landwirtschaftlichen Betriebe** durchschnittlich pro Jahr
- Rund **4 Milliarden Euro** beträgt die Bruttowertschöpfung aus der Landwirtschaft
- Zwischen **35 und 45 Millionen Euro** liegt das Einkommensteueraufkommen aus der Landwirtschaft, damit beträgt die Steuerquote **1 Prozent**
- **2,3 Milliarden Euro** wurden beispielsweise 2010 für die Landwirtschaft ausgegeben
- **1,9 Milliarden** davon wurden direkt an die landwirtschaftlichen Betriebe ausbezahlt
- Rund **450.000 Euro** erhielten **19 Kammerräte der Tiroler Landwirtschaftskammer** 2008 an Agrar-Subventionen,
- **44.984,68 Euro** davon erhielt LK-Präsident Josef Hechenberger
- **170 Tiroler Bauern** werfen im Durchschnitt jährlich das Handtuch
- Rund **4 Milliarden Euro** hat Österreich für das „Programm für die Entwicklung des Ländlichen Raums 2007 - 2013“ ausbezahlt
- Für **741 Millionen Euro** davon gab es, laut Rechnungshof, keine Rechtsgrundlage
- **243.400 Euro** gab Tirol im Jahr 2011 unter dem Titel „Zuwendung Pflanzliche Produktion“ aus
- **125.302,82 Euro** davon kostete der Sachaufwand der Landwirtschaftskammer
- **1.837.658,99 Euro** teilten sich 2010 17 Milchbetriebe des Landes, um u.a., das „Qualitätsbewusstsein“ zu stärken und die Milchhygieneordnung umzusetzen
- **400.000 Euro** waren im Budget 2011 als „Zuwendung zur Verbilligung der Hagelversicherungsprämien“ geplant
- Mit **über 300.000 Euro** griff das Land Tirol im Jahr 2010 Landwirten beim „Ankauf wertvoller Zuchttiere“ unter die Arme

Landwirtschaftsfördersummen – ein Bauer die Steuerleistung von drei Arbeitnehmern.

Bislang waren Österreichs Landwirte von der Last befreit, Belege zu sammeln und Steuererklärungen auszufüllen. Sie werden pauschaliert, was einer „Daumen-mal-pi-Rechnung unter Einfluss des Mondes“ gleichkommt und reguläre Steuerzahler regelrecht verhöhnt.

„Möglich ist diese Besonderheit der Besteuerung durch die Kombination aus Einheitswert (EHW) und Pauschalierung. Der EHW sollte den Ertragswert eines landwirtschaftlichen Betriebes abbilden und wurde zuletzt im Jahr 1988 (vor 24 Jahren! – Anm.) zugewiesen. Die Pauschalierung erlaubt Betrieben bis 100.000 Euro EHW auf die Gewinnermittlung zu verzichten. Einnahmen bzw. das tatsächliche Einkommen sind dem Finanzamt nicht bekannt“, hielt Maria Burgstaller Anfang 2012 in ihrem AK-Schwerpunktpapier „Problemfeld Bauernparadies“ fest, „Die meisten Agrarbetriebe zahlen so keine oder nur sehr wenig Einkommensteuer. Nach einer Statistik der Pensionsversicherung der Sozialversicherungsanstalt der Bauern (SVB) liegen lediglich 1069 Betriebe über der EHW-Grenze der Vollpauschalierung, wodurch sie Aufzeichnungen führen müssen. Der Rest, die absolute Mehrheit von 101.962 landwirtschaftlichen Betrieben, ist nach der EHW-Klassifizierung durch die Vollpauschalierung begünstigt. Die Ungerechtigkeit könnte rasch beseitigt werden. Nach dem Prinzip, wer ein steuerrelevantes Einkommen hat, soll seinen Beitrag leisten, sollte kein Unterschied zwischen Lohnzettel und Gewinnermittlung gemacht werden. Die meisten Bauern sind gut ausgebildet und führen für die eigene Orientierung ohnehin Aufzeichnungen. Auch in anderen EU-Ländern wird Buch geführt und nicht pauschaliert. Es gibt genug Argumente für die Abschaffung dieses Steuerprivilegs. Wenn die Einkommen niedrig wären, müssten sie ohnehin keine Steuern zahlen. Doch die Bruttowertschöpfung aus der Landwirtschaft beträgt rund vier Milliarden Euro. Stellt man dieser Größe das geschätzte Aufkommen aus der Einkommensteuer von 35 bzw. 45 Millionen Euro gegenüber, ergibt sich eine Steuerquote von einem Prozent!“

Der mehrfach ungerechte Missstand ist nicht nur Grundlage für eine relativ heftige Auseinandersetzung zwischen den Bauernfunktionären und der Arbeiterkammer, sondern nunmehr auch Grundlage für eine Prüfung der seit 1947 geltenden Regelung durch den Verfassungsgerichtshof. Der Wie-



Fritz Dinkhauser: „Nicht ersichtlich, wofür Steuermillionen für Landwirtschaft fließen“

ner Steuerberater Gottfried Schellmann hat mit seiner VfGH-Beschwerde auf Basis des Gleichheitsgrundsatzes den Stein ins Rollen gebracht. „Mein Versuch ist es, dieses System zu beseitigen“, sagte er Anfang August 2012 gegenüber der österreichischen Tageszeitung „Die Presse“, „dieses System ist antiquiert und hat keinen Platz mehr im Steuerrecht.“

Dass Landwirtschaftsminister Nikolaus Berlakovich „und Freunde“ wenig Freude mit dem Vorstoß im Sinne der Gleichheit haben, ist nicht weiter verwunderlich. Mit seiner Kampfansage, „Ich will nicht, dass hinter jedem Misthaufen ein Finanzbeamter steht“, schützt Berlakovich allerdings weniger jene 35 Prozent der Landwirte, denen die Sympathie der Bevölkerung gilt, die nur 5,4 Prozent aus den milliardenschweren Fördertöpfen bekommen und auch bei regulärer Berechnung kaum Steuer zahlen müssten, als vielmehr jene Landwirte im „oberen Viertel“, die auf Jahreseinkommen in Höhe von knapp 45.000 Euro und mehr verweisen können.

Nach dem RH-Bericht droht mit der Prüfung der Verfassungsmäßigkeit der Steuerpauschalierung ein weiteres Licht die

geschickt inszenierte Dunkelheit im Landwirtschafts-Labyrinth zu stören. Im Tiroler Landtag wurde dies auch versucht. Mit nicht minder entlarvender Wirkung.

Am 2. Februar 2012 langte eine schriftliche Anfrage in der Landtagsdirektion ein, mit der Bürgerforums-Chef Fritz Dinkhauser nähere Auskünfte über mehr als 9,5 Millionen Euro beehrte. „Unter dem Budgettitel ‚Sonstige Förderungen der Land- und Forstwirtschaft‘ werden Jahr für Jahr zahlreiche Posten bedeckt“, leitete Dinkhauser seine Anfrage an den zuständigen Agrarreferenten Bauernbundobmann Anton Steixner ein, „Eine Auswahl einiger Budgetposten ergibt die Summe von 9.526.973 Euro (Rechnungsabschluss 2010). Allerdings ist für den Tiroler Landtag und die Tiroler Bürger nicht ersichtlich und damit nachvollziehbar, wofür diese Steuer-gelder ausgegeben werden.“

Schon die ersten Antworten, welche am 14. März 2012 in der Landtagsdirektion eintrafen, zeigten, wie sich die bäuerliche Funktions-Loge zu zieren versteht, will jemand „von außen“ ihre Art der Steuermittelverwendung erhellen. Die Landwirtschaftskammer, die an sich schon jährlich mit über sechs Millionen Euro aus dem Landesbudget finanziert wird, stach dabei als Empfängerin ins Auge. So etwa beim Posten „Zuwendung Tierische Produktion“, die laut Rechnungsabschluss 2010 mit 291.700 Euro bedacht wurde. Allein der Sachaufwand der Kammer, die mit der Förderabwicklung beauftragt ist, betrug 81.477,19 Euro, wodurch für die Förderung an sich noch 191.276,56 Euro zur Verfügung standen. 18.946,22 Euro waren nicht gebraucht worden.

Bei der sogenannten „Zuwendung Pflanzliche Produktion“, welche das Land mit 243.400 Euro unterstützt, war der kämmerliche Sachaufwand (Büromaterial, Porto, Telefon, Druckkosten, etc.) noch höher – mit 125.302,82 Euro – beziffert worden.

Die Anfragebeantwortung enthält viele erstaunliche Einblicke. So ist beispielsweise nicht uninteressant, dass das Land Tirol im Voranschlag 2011 400.000 Euro unter dem Titel „Zuwendung zur Verbilligung der Hagelversicherungsprämien“ budgetiert hat. Gewächshausbesitzer kommen in den Genuss dieser öffentlichen Zuwendung. Bäuerliche Gewächshausbesitzer, versteht sich. Der Rest der Tiroler darf sich selber darum kümmern.

In keinem Fall der zahlreichen in der Anfrage genannten Förderposten ließ sich Steixner dazu herab, den Landtag darüber in Kenntnis zu setzen, wer denn nun mit den

TVB OSTTIROL

Spannung

Der externe Prüfbericht zum TVB-Flugplatz Lienz/Nikolsdorf wird erwartet. Das diesbezügliche Sitzungs-Protokoll macht stutzig.



Aufsichtsrat Kreuzer: „Wollte mir verbieten, dabei zu sein“

Steuergeldern gefördert worden war. Darum hakte Dinkhauser nach und konfrontierte Steixner im Rahmen des Mailandtages mit einer neuerlichen Anfrage, welche der Bauernbundobmann am 12. Juni 2012 beantwortete. Doch damit wurde das Tiroler Bauern-Förderlabyrinth nur geringfügig transparenter. So erfuhr der Landtag zwar, was es mit der „nachhaltigen Regulierung von Maikäfern“ auf sich hat, mit den Sortenversuchsreihen, welche die Landwirtschaftskammer über Jahre hinweg um knapp 100.000 Euro jährlich durchführt, oder was der Wert für das Land ist, welcher durch die 1.837.658,99 Euro teure „Verbesserung der Milchqualität“ erreicht wird. „Die Förderung wurde an 17 Milchbe- und verarbeitende Betriebe [...] ausbezahlt“, so Steixner. Und das, etwa um eine „Stärkung des Qualitätsbewusstseins“ zu erreichen oder sie bei der Umsetzung der Milchhygieneordnung zu unterstützen.

Der hoheitlichen Dreistigkeiten nicht genug, verweigerte Steixner in jedem Punkt, Namen der Förderbezieher zu nennen und schrieb im Zusammenhang mit weiteren 44.235 Euro Fördergeldern für irgendwelche Projekte mit dem Titel „Beratung und Bildung“: „Zu dieser Nachfrage ist festzustellen, dass die direkte Nennung der Fördererwerber aufgrund der Bestimmungen des Datenschutzgesetzes derzeit nicht möglich ist und auch die Darstellung der Projekte einen unmittelbaren Rückschluss auf konkrete Fördererwerber zulassen würde.“ Na und? Haben die Fördererwerber etwas zu verbergen? Oder der Fördergeber?

Nicht zuletzt aufgrund dieser Geheimniskrämerei bleibt es Außenstehenden frei, zu vermuten, dass das Land Tirol ähnlich lustvoll mit Steuermillionen umgeht, wie das jüngst vom Rechnungshof so scharf kritisierte Landwirtschaftsministerium. Nicht zuletzt darum werden „Systemfremde“, zu denen eben auch einige Abgeordnete im diesbezüglich dumm sterbenden Landtag gehören, nie erfahren, welche Bauern es sind, denen das Land Tirol im Jahr 2010 mit über 300.000 Euro beim „Ankauf wertvoller Zuchttiere“ geholfen hat. „Der unmittelbare Nutzen aus dem begünstigten Ankauf der wertvollen Zuchttiere liegt beim jeweiligen Erwerber der Tiere“, so Steixner. Es ist anzunehmen, dass jene rund 170 Tiroler Bauern, die jährlich die Stalltüre verriegeln, nicht zu den derart steuergeldbeglückten Landwirten zählen. Allein sie führen die in der Anfragebeantwortung betonte „Nachhaltigkeit“ ad absurdum. Alexandra Keller

Am 25. Juli 2012 war er da. Jener Wirtschaftsprüfer aus Klagenfurt, der die Finanzgebarung rund um den Flugplatz Lienz/Nikolsdorf im Auftrag des TVB Osttirol durchleuchtet. Und der Besuch war dramatisch – vor allem aus Sicht des TVB-Aufsichtsrats Josef Kreuzer. Der war nämlich – bewaffnet mit einer Vollmacht seines Kollegen Erich Mair – im Büro der Osttirol Werbung erschienen, um dabei zu sein, wenn Aufsichtsratsvorsitzender Werner Frömel und TVB-Obmann Franz Theurl das erste Gespräch mit dem Experten führen, dessen Prüfung sie so vehement zu verhindern versucht hatten. „Man wollte mir verbieten, dabei zu sein“, erinnert sich Kreuzer. Er ließ sich aber nicht wegschicken und weiß deshalb, dass Obmann Theurl dem Prüfer mehr Gutes als Schlechtes berichtete, sodass der irgendwann fragte, warum es denn überhaupt zum Beschluss des Aufsichtsrats gekommen war. „Da hieß es, die Prüfung finde statt, weil die Presse so unwahre Sachen berichtet habe.“ Und das war der Grund? Werden aufgrund von vermeintlichen Unwahrheiten in Presseberichten von nun an Wirtschaftsprüfer engagiert, statt Gegendarstellungen verlangt?

Oder waren es doch die zahlreichen Ungereimtheiten im Zusammenhang mit den TVB-Geldern, die in Richtung Flugplatz fließen, die den Aufsichtsrat zu diesem Schritt veranlassen? Oder die Frage, warum dem

TVB durch die Superkonditionen, mit denen der Fliegerclub Lienz Dolomiten bedient wird, jährlich geschätzte 55.000 Euro durch die Lappen gehen. Oder die Frage, wer denn die Gewinne aus dem Verkauf des überbeurten Treibstoffs an der Tankstelle bekommt, welcher zudem allerlei Genehmigungen fehlen?

Den wahren Gründen für die Prüfung auf den Grund zu gehen, dürfte dann schwierig werden, wenn versucht wird, diese im Protokoll jener Aufsichtsratsitzung nachzulesen, in welcher der Beschluss zur externen Prüfung gefasst wurde. Josef Kreuzer war nach Durchsicht des Sitzungsprotokolls jedenfalls aufgefallen, dass allzu vieles, was in den Sitzungsstunden des 29. Mai 2012 gesagt wurde, keinen Niederschlag im Protokoll gefunden hat. So suchte er etwa vergeblich nach der Erwähnung der Wehrhaftigkeit, mit welcher

AR-Vorsitzender Werner Frömel und Obmann Theurl die externe Überprüfung zu verhindern versuchten. „Dass auffallende Behinderungsmaßnahmen durch AR Frömel und OB Theurl für eine korrekte externe Überprüfung gesetzt wurden, müsste allen Anwesenden bekannt sein. Eigenartig, dass nichts davon in Ihrem Protokoll seinen Niederschlag gefunden hat“, schrieb Kreuzer am 10. August 2012 an Geschäftsführerin und Protokollführerin Barbara Nussbaumer. „Da das Protokoll ein Dokument ist und die Sache Flugplatz keinesfalls eindeutig ist, nehme ich an, dass hier Protokollzensur betrieben wurde [...].“

AR-Vorsitzender Frömel antwortete noch am selben Tag, wies Kreuzer darauf hin, dass nachträglich keine Änderungen mehr vorzunehmen seien, und meinte: „Die von dir zitierte Zensur der Protokolle weise ich entschieden zurück, da sie unterstellt, dass Frau Nussbaumer die Protokolle willkürlich durch Intervention von mir oder Herrn Theurl ändert. Dass dies nicht den Tatsachen entspricht, belegen die Tonbandaufzeichnungen eindeutig.“

So oder so ist der Flugplatz-Skandal nicht mehr aus der Geschichte des TVB Osttirol zu streichen. Und der mit Spannung erwartete Bericht des Wirtschaftsprüfers wird ein eigenes Kapitel. Vielleicht das spannendste.

Alexandra Keller